

Wo steht in Zukunft das Auto?

Blumenau: Anwohner fordern von der Stadt, beim Konzept zum Straßenrandparken nachzubessern



BEIM INFORMATIONSABEND DER SIEDLER- UND EIGENHEIMGEMEINSCHAFT GAB ES REGEN AUSTAUSCH RUND UM DAS THEMA PARKEN. BILDER: ASTRID SCHWÖRER

Von Astrid Schwörer

Die Frage, wo sie in Zukunft das Auto abstellen sollen, bewegt die Menschen in Blumenau. Entsprechend groß war der Andrang im Jona-Saal beim Informationsabend der Siedler- und Eigenheimgemeinschaft zum Thema Straßenrandparken. Ende September hatte Oberbürgermeister Christian Specht bei der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Sandhofen die Pläne der Stadt Mannheim zum Straßenrandparken für den Mannheimer Norden vorgestellt. Der „Erlass zur Überwachung und Sanktionierung im ruhenden Verkehr des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg“ aus dem Jahr 2020 zwingt die Verwaltung dazu, ein neues Parkkonzept durchzusetzen. Das ungeordnete Parken auf dem Gehweg war zwar bisher nicht erlaubt, wurde aber in den meisten Straßen geduldet. Damit soll jetzt Schluss sein.

Die zuständige Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung muss rund 700 Straßenkilometer neu bewerten. Der Erlass sieht vor, für Fußgänger eine Breite von 1,50 Metern freizuhalten, für den fließendem Verkehr muss die Fahrbahn eine Mindestbreite von 3,05 Metern haben.

Für die Bewohner von Blumenau bedeutet das Vorhaben eine deutliche Einschränkung, an vielen Straßenrändern kann in Zukunft nicht mehr geparkt werden. Das Abstellen des Autos soll nur dort möglich sein, wo es eingezeichnet ist. Wie viele Parkplätze fallen insgesamt weg?

Der Vorsitzende der Siedlergemeinschaft, Michael Christill, schätzte, dass von den derzeit rund 380 Parkmöglichkeiten im Straßenbereich etwa zwei Drittel ersatzlos gestrichen werden sollen. Das ist für den Vorstand nicht akzeptabel: „Das vorliegende Konzept der Stadt Mannheim ist für die Bedürfnisse der Blumenauer ungeeignet und muss dringend überarbeitet werden“, bekräftigte Christill und betonte: „Wir wollen kein Franklin 2 auf der Blumenau.“

Arbeit von Handwerkern erschwert

„Die Stadt will fast überall eine Fahrbahnbreite von 3,50 Metern einführen“, ärgerte sich der Vorsitzende. Dabei sei die Zufahrt für Rettungsfahrzeuge schon mit der gesetzlichen Mindestbreite von 3,05 Metern gewährleistet.

„Helfen Sie alle mit“, rief die stellvertretende Vorsitzende, Martina Irmscher, die Teilnehmer zur Diskussion auf: „Wir brauchen Grundlagen, um zu zeigen, die Leute haben sich geäußert.“ Mehrere Anwohner brachten die Schwierigkeiten für den Besucher- und Anlieferverkehr zur Sprache. Fehlende Parkplätze erschwerten die Arbeit von Handwerkern und Pflegediensten. „Wir wollen nicht, dass die Bewohner die Vorgärten als Abstellmöglichkeit zubetonieren“, wies eine Teilnehmerin auf die Gefahr der zunehmenden Flächenversiegelung hin. Ein weiterer Besucher appellierte daran, die vorhandenen Garagen zu nutzen: „Was da häufig drin lagert, ist alles andere als ein Pkw.“

„Die Braunschweiger Allee wird wieder zur Rennstrecke, wenn dort keine Autos stehen“, gab Bezirksbeirat Wilken Mampel (CDU) zu bedenken und ergänzte: „Wir müssen uns das direkt vor Ort mit den Mitarbeitern der Stadt anschauen.“ Zum Infoabend war allerdings kein Vertreter der Stadt gekommen, was die Anwesenden mit lautstarkem Unmut zur Kenntnis nahmen. Die Siedlergemeinschaft hatte ein alternatives Konzept unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und der geringen Verkehrsdichte in den Nebenstraßen erarbeitet.

Verkehrsberuhigte Nebenstraßen

Durchgangsverkehr gäbe es nur in der Braunschweiger Allee und im Viernheimer Weg, erklärte Irmscher. Alle anderen Straßen würden größtenteils lediglich von Anwohnern genutzt. Ein Vorschlag des Vorstandes lautete daher, die Parkplätze an den beiden großen Straßen zu erhalten. Die Nebenstraßen könnten als verkehrsberuhigte Zonen ausgewiesen werden. Das Nebeneinander von Fußgängerkehr und parkenden Autos sei hier unbedenklich zu realisieren.

Weiterhin schlug der Vorstand vor, Parkraum am Ascherslebener Weg zu schaffen. Für den Fortbestand des Kiosks seien Parkmöglichkeiten unerlässlich, mahnte Christill. Die Teilnehmer stimmten allen Punkten mit großer Mehrheit zu und dokumentierten die Ablehnung des städtischen Konzeptes und die Unterstützung der Ideen der Siedlergemeinschaft mit ihrer Unterschrift. „Wir werden einen konkreten Vorschlag aus Bürgersicht formulieren und dem Bezirksbeirat und der Stadt Mannheim zusenden“, versprach der Vorsitzende: „Wir möchten damit einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Problematik leisten.“